

77.230 Espagne - MF/ow

Brüssel, den 26. Oktober 1981

Gesprächsnotiz

Beitrittsverhandlungen Spanien/EG:  
Gespräch mit dem spanischen Missions-  
chef Ferran de Alfaro

---

Am 22. Oktober 1981 führten die Herren Botschafter Sommaruga und Cuénoud in Brüssel ein Gespräch mit Botschafter Ferran de Alfaro, Chef der Spanischen Mission bei den EG, über den Stand der Beitrittsverhandlungen zwischen Spanien und den Europäischen Gemeinschaften. Folgende Ausführungen des spanischen Missionschefs verdienen festgehalten zu werden:

1. Allgemeine Lagebeurteilung

Zwar hat Frankreich unter dem Druck der anderen EG-Staaten seine unnachgiebige Haltung in der Mehrwertsteuerfrage etwas gelockert, doch trägt es, nach Meinung Ferran de Alfaros, nach wie vor die Hauptverantwortung für den schleppenden Fortgang der Beitrittsverhandlungen. Wenn die Gemeinschaft trotz französischer Zurückhaltung an der nächsten Verhandlungsrunde vom 26.10.81 die seit langem erwarteten Dokumente zur Zollunion und zu Landwirtschaftsfragen vorlegen wird, so sei dies wohl nicht zuletzt als Geste der Bereitschaft, die Verhandlungen nicht stagnieren zu lassen, zu werten.

Aus spanischer Sicht ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo sich die Verhandlungspartner nicht mehr mit den bereits erzielten zahlreichen Fortschritten in den weniger umstrittenen Fragen zufrieden geben dürfen, sondern wo auch in den zentralen Bereichen, insbesondere demjenigen der Landwirtschaft, ernsthafte Lösungen gesucht werden müssen. Spanien sei nicht bereit, zuwarten, bis die Gemeinschaft ihre internen Probleme gelöst habe. Es sei vielmehr unerlässlich, dass die EG-Reform der



geplanten Süderweiterung der Gemeinschaft Rechnung trage, die Verhandlungen müssten deshalb parallel zur Reformdiskussion geführt werden.

In diesem Sinne erwartet Ferran de Alfaro von der Tagung des Europäischen Rates in London am 26./27. November einen neuen politischen Impuls, der es ermöglichen würde, die Verhandlungen einen entscheidenden Schritt voranzutreiben und den für 1982 vorgesehenen Termin für die Unterzeichnung des Beitrittsabkommens einzuhalten.

## 2. Die Haltung einzelner EG-Mitgliedstaaten

Neben einem politischen Impuls durch die britische Ratspräsidentschaft erhofft sich Ferran de Alfaro eine gewisse Unterstützung der spanischen Anliegen vor allem von Seiten Griechenlands und Italiens. Die Ähnlichkeit der Interessenlage im Landwirtschaftsbereich fördere die Ueberzeugung, dass die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik parallel zu den Beitrittsverhandlungen voranzutreiben sei. Eine Haltungsänderung der neuen griechischen Regierung in dieser Frage sei nicht zu erwarten.

Daraufhin befragt, ob ein klares spanisches Ja zur NATO dem Beitrittsbegehren förderlich wäre, gab Ferran de Alfaro zu verstehen, dass ein solcher Entschluss zwar möglicherweise die öffentliche Meinung in der BRD und eventuell auch in andern Ländern günstig zu beeinflussen vermöchte, jedoch kaum ausreichen würde, um festgefahrene Verhandlungen zu deblockieren.

## 3. Die politische Lage in Spanien

Alle wichtigen politischen Parteien Spaniens treten für den EG-Beitritt ein. Diskussionen, die in letzter Zeit innerhalb der spanischen Unternehmerschaft geführt worden seien, seien in erster Linie Ausdruck politischer Richtungskämpfe und sollten daher nicht überbewertet werden. An einer termingerechten Durchführung des parlamentarischen Genehmigungsverfahrens nach der Unterzeichnung sei daher nicht zu zweifeln.

#### 4. Gemeinsames Vorgehen mit Portugal?

Trotz gewisser interner Probleme plant auch Portugal, das Beitrittsabkommen 1982 zu unterzeichnen. Dabei bereitet die EG-Reformdiskussion freilich auch den Portugiesen erhebliche Schwierigkeiten.

Die beiden Beitrittskandidaten verzichten aus praktischen und politischen Gründen auf eine direkte Abstimmung ihres Vorgehens, versuchen indessen, in engem Kontakt zu bleiben und die Verhandlungen so weit wie möglich parallel zu führen. Ferran de Alfaro hält es aus politischen Gründen für unmöglich, dass einer der beiden Partner im Falle von Verhandlungsschwierigkeiten seines Mitbewerbers die eigenen Verhandlungen separat weiterführen und einen vorgezogenen EG-Beitritt anstreben würde. Ein gestaffelter Beitritt sei auch wegen der zu erwartenden technischen Schwierigkeiten für die Gemeinschaft nicht denkbar.

#### 5. Verhandlungsstand in wichtigen Bereichen

Zollunion: die Dauer der Uebergangsperiode ist nach wie vor umstritten. Ebenfalls noch offen ist die Frage, ob die interne Liberalisierung parallel zur Angleichung an den gemeinsamen Zolltarif verlaufen soll: Frankreich hat für den Zollabbau zwischen Spanien und der Gemeinschaft eine Dauer von drei Jahren, für die Uebernahme des gemeinsamen Zollltarifs dagegen eine solche von fünf Jahren vorgeschlagen, während die übrigen EG-Länder für ein symmetrisches Vorgehen eintreten. Spaniens Hauptanliegen dagegen ist nach wie vor eine möglichst lange Uebergangsperiode. Ungelöst ist ferner das Problem der Aussenbeziehungen.

Landwirtschaft und Fischerei: in beiden Dossiers sind die Hauptprobleme noch offen.

Sozialpolitik: während Spanien die Gewährung voller Freizügigkeit für seine Arbeitnehmer ab Beitrittsdatum fordert, wurde auf der Gemeinschaftsseite von der BRD eine 20-jährige Uebergangsperiode vorgeschlagen. Ungeklärt sind ferner entscheidende Fragen im Bereich der Sozialversicherung.

(Nach Auffassung Ferran de Alfaros sind die Detailprobleme in diesen vier zentralen Verhandlungsdossiers nicht isoliert, sondern nur in Form eines umfassenden Schlusspakets anzugehen.)

## 6. Benachteiligung der EFTA-Länder?

Die von Frankreich vorgeschlagene asymmetrische Regelung im Zollbereich, aber auch die von Frankreich, Grossbritannien und Griechenland geforderte Weiterführung der Selbstbeschränkungsvereinbarungen im Textilsektor würden die EFTA-Länder gegenüber der Gemeinschaft benachteiligen, was im Widerspruch stünde zu den Vereinbarungen, die während den Verhandlungen zum multilateralen Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Ländern und Spanien getroffen wurden.

Zum Sonderregime im Textilsektor führte Ferran de Alfaro aus, Spanien sei nicht in der Lage, die Textilindustrie der EG zu gefährden. Dem hielt allerdings Botschafter Sommaruga entgegen, dass die Kombination von Billigproduktion und protektionistischem Taxationssystem sehr wohl eine Gefahr für ausländische Produzenten darstellen könnte. Da bisher in dieser Frage keine offizielle gemeinschaftliche Stellungnahme vorliegt, sah sich Ferran de Alfaro nicht in der Lage, genauere Auskünfte über die zu erwartende spanische Haltung zu geben.

## 7. Schweizerische Haltung in der Textilfrage

Botschafter Sommaruga legte dar, dass die Schweiz eine allfällige Sonderregelung im Textil- (und Papier-) sektor, die auf eine Diskriminierung der EFTA-Länder hinauslaufen würde, nicht akzeptieren könnte. Sofern jedoch beweisbare Schwierigkeiten vorlägen, sei die Schweiz jederzeit bereit, zu angemessenen Einzellösungen Hand zu bieten.

